



politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 1. Ausgabe 2009

Einfach, niedrig und gerecht

Einfach, niedrig und gerecht: unter diesen drei Schlagworten fordert die MIT eine Reform des deutschen Steuersystems. Die MIT unterstützt dabei Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich in ihrer Haltung, eine Steuerreform, vor allem eine Einkommensteuerreform, unverzüglich anzupacken und in 2010 umzusetzen. „Um mittlere Einkommensbezieher gezielt zu entlasten, muss ein linear progressiver Einkommensteuertarif eingeführt und der Knick bei 12.739 Euro abgeschafft werden. Für rund 18 Millionen Steuerpflichtige würde die Steuerschuld somit um mindestens 10 Prozent sinken“, sagt Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

der CDU/CSU (MIT). Zudem sollte der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden. Dies brächte eine Entlastung von insgesamt rund 13 Milliarden Euro. Neben den privaten Haushalten und Personenunternehmen würden auch die Kapitalgesellschaften von der Entlastung von insgesamt rund 13 Milliarden Euro profitieren. Entsprechend dem Leistungsfähigkeitsprinzip in der Besteuerung ist es aus steuersystematischen Gründen geboten, die sogenannte kalte Progression in der Einkommensbesteuerung auszuschalten. „Pro Prozentpunkt Inflation, um den die Einkommensgrenzen nach oben verschoben werden, ergibt sich eine Steuerentlastung von 1,25 Milliarden Euro, so Schlarmann.“



Dr. Josef Schlarmann

MIT wendet sich konsequent gegen Enteignungen

Wer sich der aktuellen Konjunkturkrise als Vorwand für den Einzug der Staatswirtschaft in Deutschland bedient, vergeht sich an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. „Es ist paradox, Verstaatlichungen, Mindestlöhne und Staatsbürgschaften als Schutzschild für unsere Soziale Marktwirtschaft einsetzen zu wollen“, so Dr. Josef Schlarmann, „denn es ist genau diese Staatswirtschaft, welche die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ad absurdum führt“. Das Rettungsübernahmegesetz mache den Weg für Enteignungen frei und sei somit ein ordnungspolitischer Tabubruch, der nicht mehr tragbar ist, so Schlarmann. Das Eigentumsrecht ist ein unverzichtbares Gut und Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Die MIT fordert die Union auf, von diesem Gesetzesvorhaben Abstand zu nehmen und sich konsequent gegen Enteignung auszusprechen. „Wer das Vertrauen in un-

sere Wirtschaftsordnung nicht vollends verspielen will, darf auch und gerade in Krisenzeiten ordnungspolitische Grundprinzipien nicht über Bord werfen“.



Vom Vater der Sozialen Marktwirtschaft lernen

Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ hat heute, und nicht einmal nur in Deutschland, Allgemeingültigkeit erlangt. Selbst die Gegner meiner Wirtschaftspolitik versperren sich dieser Formulierung nicht mehr. Eine Wirtschaftspolitik darf sich aber nur dann sozial nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Fortschritt, die höhere Leistungsergiebigkeit und die steigende Produktivität dem Verbraucher schlechthin zugute kommen lässt. Das vorzüglichste Mittel, dieses Ziel innerhalb einer freien Gesellschaftsordnung zu erreichen, ist und bleibt der Wettbewerb; er ist der tragende Pfeiler dieses Systems. (S. 160 WfA)

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende geistige Haltung, d. h. also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen, und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird. Wer diese Problematik zu Ende zu denken bereit ist, wird auch die Fragwürdigkeit einer allzu engen Zuständigkeitsbegrenzung begreifen. (S. 246 WfA)

Vom Vater der Sozialen Marktwirtschaft lernen

Derjenige wird vor den Problemen und Aufgaben nicht zurückzuschrecken brauchen, der, wie meine Freunde und ich, die soziale Marktwirtschaft als Teil und Ausdruck einer ganzheitlichen Politik versteht. (S. 336 WfA)

Aus wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer, historischer Erfahrung lehnen wir jegliche Formen einer staatlich zentralistischen, bürokratischen Planwirtschaft ab, da diese zu einer Verkümmern der Produktivität, zu einer Willkür der Verteilung und zuletzt zur Aufhebung der freien Berufs- und Konsumwahl als der unantastbaren Grundrechte der menschlichen Freiheit in einer echten Demokratie führen muss. Die staatliche Planwirtschaft erweist sich, sofern sie nicht zum brutalen Zwange führen soll, als eine das eigene System sprengende Fehlkonstruktion. (S. 214 Gafj)

Ludwig Erhard, (1897-1977) Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland von 1963 bis 1966



BESTELL-COUPON

„Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz“
Taschenbuch, 384 Seiten für 5,90 Euro
inkl. Mehrwertsteuer zzgl. Versand
eMail an: kontakt@mit-werbemittel.de
oder Fax: 030/70 22 02 05

NAME

ANSCHRIFT

PLZ/ORT

TEL/FAX

MIT IN DEN MEDIEN

Nicht fiskalpolitisch, sondern wirtschaftspolitisch handeln

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, analysiert, viele Haushaltspolitiker hätten derzeit ein persönliches Problem: „Plötzlich sind sie nicht mehr so wichtig.“ Für viele sei es ein Schock, dass sie nicht mehr auf die volle Rückendeckung der Kanzlerin zählen könnten. „Wir können nicht mehr fiskalpolitisch, sondern nur noch wirtschaftspolitisch handeln. Das verschiebt die Machtverhältnisse in der Großen Koalition.“

7. Januar 2009 - Financial Times Deutschland

Wirtschaftsliberale und wertkonservative Ausrichtung bleibt auf der Strecke

„Indem Frau Merkel die Kompromisse in der großen Koalition zum Kurs der Union macht, verwässert sie das Profil der CDU“, sagte Schlarmann. Sowohl die wirtschaftsliberale, als auch die wertkonservative Ausrichtung der Union bleibe dabei auf der Strecke.

24. Januar 2009 - Leipziger Volkszeitung

Verfassungsrechtliche Bedenken gegen Enteignung

„Die Kritik aus der Union am Vorschlag der Enteignung strauchelnder Banken reißt nicht ab. „Ich habe da tiefste verfassungsrechtliche Bedenken“, sagte der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Josef Schlarmann, dem „Hamburger Abendblatt“ vom Montag. „Dem Bundesfinanzministerium geht es of-

fenkundig darum, einen widerspenstigen Gesellschafter zu entfernen.“ In diesem Zusammenhang verwies Schlarmann auf Artikel 14 des Grundgesetzes, der Enteignungen nur in engen Grenzen erlaube.“

2. Februar 2009 - Reuters

Partei der Sozialen Marktwirtschaft

Die Union ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft, die darauf beruht, dass wir eine starke Privatwirtschaft haben und der Staat sich zurückhält. Leider hat das ordnungspolitische Reinheitsgebot in der Großen Koalition keinen besonderen Stellenwert, das zeigt sich auch jetzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Steuersenkungen, die ordnungs- und konjunkturpolitisch am sinnvollsten sind, mussten auch der CDU geradezu aufgedrängt werden. Da wundere ich mich nicht, dass sich unsere Anhänger in größerer Zahl der FDP zuwenden.

3. Februar 2009 - Hamburger Abendblatt

Möglichkeit für Missbrauch

„Grundsätzlich ist Kurzarbeit positiv, da sie Arbeitsplätze sichert. Die jüngsten Änderungen öffnen aber auch die Möglichkeit für Missbrauch, um die Arbeitslosenstatistik schönzufärben, denn Kurzarbeiter gelten nicht als arbeitslos“, so Josef Schlarmann. Das belaste die Beitrags- bzw. Steuerzahler.

13. Februar 2009 - BILD

Karl-Theodor zu Guttenberg ist neuer Wirtschaftsminister



Karl-Theodor zu Guttenberg

Bundespräsident Horst Köhler hat am 10. Februar Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg zum neuen Bundesminister für Wirtschaft und Technologie ernannt. Er tritt die Nachfolge von Michael Glos an, der das Amt seit November 2005 inne hatte. Zu Guttenberg sagte zu seiner neuen Aufgabe, er sehe die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise als eine große Herausforderung und Bewährungsprobe für Politik und Gesellschaft. „Ich bin mir der großen Verantwortung mehr als bewusst.“ Der 37-jährige zu Guttenberg ist der bislang jüngste Bundeswirtschaftsminister in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Ulla Schmidts Pflegepläne stoppen



Jürgen Presser

Nachdem die große Koalition eine Pflege-reform erarbeitet hat, die vor a l l e m Leistungen und Beiträge

erhöht, die Probleme der Demografiesicherheit und der langfristigen Finanzierbarkeit jedoch zur Seite schiebt, plant Bundesgesundheitsministerin Schmidt (SPD) einen weiteren Schritt in die falsche Richtung: Noch in diesem Jahr sollen die Weichen gestellt werden, um die Re-

form zu reformieren. Mit vier Milliarden Euro Mehrbelastung wird dieses Projekt voraussichtlich verbunden sein – und der Koalitionspartner, die Union, soll diese Reform mittragen.

Diesen Plänen erteilt die MIT eine klare Absage. „Bevor über neue Leistungen und Kosten gesprochen werden kann, muss die Pflegeversicherung einer grundlegenden Reform mit langfristiger Sicherung unterzogen werden“, so Jürgen Presser, stellvertretender Bundesvorsitzender der MIT. Dies sei über eine Pflegeprämie möglich. Spätestens 2013 reiche der bisherige, von der Koalition schon erhöhte Beitrag nicht mehr aus und soll nach den Plänen der SPD-Ministerin um zusätzliche 0,4 Prozent steigen. Presser hält dies auch vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise für schlicht verantwortungslos. „Die MIT erwartet, dass die Union als Koalitionspartner die Pläne von Ulla Schmidt stoppt“, so Presser.

Fakten

Konjunkturpaket II

Bundestag und Bundesrat haben den Weg frei gemacht für das Konjunkturpaket II. Mit dem Geld für die geplante Senkung der Einkommenssteuer und der Sozialversicherungsbeiträge wäre auch eine weitergehende Steuerreform zu haben gewesen.

Über einzelne Instrumente des Konjunkturpakets II lässt sich trefflich streiten. Fest steht: Mit zusätzlichen öffentlichen Investitionen, Steuersenkungen und einer Verringerung der Sozialabgaben sind drei wichtige Bausteine enthalten. Die Mittel aus dem Investitionsprogramm in Höhe von mehr als 17 Milliarden Euro fließen in den kommenden zwei Jahren in die Sanierung von Schulen und Hochschulen sowie in Straßen, Schienen und Internetverbindungen. Rückwirkend ab 1. Januar 2009 sinkt zudem der Eingangsteuersatz der Einkommenssteuer von 15 auf 14 Prozent. Der Grundfreibetrag wird in zwei Stufen um 340 Euro auf 8.004 Euro im Jahr 2010 angehoben. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt zum 1. Juli 2009 von 15,5 auf 14,9 Prozent – finanziert durch einen Steuerzuschuss des Bundes. Rechnet man die einzelnen Summen zusammen, hätte das Geld jedoch auch für eine weitergehende Steuerreform gereicht.

Die geplante Senkung der Einkommenssteuer und der Sozialversicherungsbeiträge kostet den Staat allein im Jahr 2010 rund 12 Milliarden Euro. Etwas weniger als diese Summe würde die Verwirklichung eines IW-Reformvorschlags jährlich kosten, der vorsieht, den Einkommenssteuertarif abzuflachen. Derzeit steigen die Steuersätze jenseits des Grundfreibetrags steil an, bis sie nach einem Knick flacher verlaufen. Der sogenannte Mittelstandsbauch, der gerade Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen stark belastet und Leistungsanreize nimmt, sollte in einem ersten Schritt teilweise beseitigt werden. Dafür wären knapp 12 Milliarden Euro zu veranschlagen. Die komplette Begrädigung des Tarifs würde den Fiskus etwa 24 Milliarden Euro kosten.

Quelle: iwköln

MIT fordert echte Stärkung des Mittelstandes – Resolution der MIT

Die Unternehmensteuerreform 2008 ging vor allem zu Lasten des Mittelstandes, was heute auf Grund der Wirtschaftskrise für den deutschen Mittelstand akut existenz- und arbeitsplatzgefährdend wirkt. Diese krisenverschärfenden Gesetzesregelungen müssen umgehend abgeschafft werden, um auf die fortschreitende Rezession wirkungsvoll zu reagieren. Die MIT fordert daher die Bundesregierung auf, Sofortmaßnahmen zur Stärkung des deutschen Mittelstandes zu ergreifen.

Die steuerliche Verrechnung von Verlusten bei Gesellschafterwechsel muss auch für alle Privatunternehmen gewährt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass Banken im Falle einer staatlichen Beteiligung privilegiert werden und andere Betriebe im Falle einer Übernahme durch einen Mittelständler von der Möglichkeit ausgeschlossen sind, durch Verlustvorträge ihre Steuerlast zu senken. Diese Regelung wird angesichts der Konjunkturkrise zu einer Pleitewelle führen.

Zudem muss die Zinsschranke abgeschafft werden. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung droht vielen Unternehmen, die keine Gewinne oder sogar Verluste zu verzeichnen haben, eine verschärfte steuerliche Belastung, da sich der Fremdfinanzierungsanteil erhöhen wird. Hierdurch steigen die Zinszahlen auch angesichts sich verschärfender Kreditkonditionen an.

Die Hinzurechnungspflicht bei der Gewerbesteuer muss allgemein auf 15 Prozent gesenkt und der Freibetrag für die Hinzurechnungen auf 200.000 Euro verdoppelt werden. Die Regelung aus 2008 hat zu einem starken Anstieg der Gewerbesteuer geführt.

Anstatt die Liquiditätsreserven der Unternehmen in dieser akuten Wirtschaftslage für die Begleichung zusätzlicher Steuerschulden einsetzen zu müssen, sollte der Mittelstand in die Lage versetzt werden, diese Mittel für notwendige Umstrukturierungen oder die Überbrückung von Verlustzeiten investieren zu können.

Unternehmerfrauen im Mittelstand

Die MIT will die Interessen und Forderungen der kleinen und mittleren Unternehmen in die politischen Entscheidungsgremien einbringen. Gesellschaftsentwürfe zu formulieren, Leitbilder aufzustellen, Seminare und Kolloquien zu veranstalten – dies bleibt letztlich folgenlos, wenn es nicht in praktische Politik mündete. Unter der Leitung von Marie-Luise Dött MdB trifft

sich zweimal im Jahr die MIT-Kommission „Unternehmerfrauen im Mittelstand“. Interessierte Unternehmerfrauen sind herzlich eingeladen, zur anstehenden Kommissionssitzung am 6. und 7. März 2009 nach Berlin zu kommen.

Informationen erhalten Sie per E-Mail unter:

marie-luise.doett.ma03@bundestag.de



Kündigungsschutzgesetz – 7,5 Milliarden Euro Kosten

Die Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes kosten die Wirtschaft hierzulande 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Allein die Aufwendungen rund um Arbeitsgerichtsverfahren im Rahmen eines Kündigungsschutzprozesses belaufen sich auf jährlich 975 Millionen Euro. Abfindungszahlungen, auf die sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen, schlagen bei den Betrieben mit jährlich etwa 2,6 Milliarden Euro zu Buche. Im Schnitt geben Unternehmen knapp 12.000 Euro für eine Abfindung im Kündigungsfall aus. Das hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zusammen mit der IW Consult in einer repräsentativen Unternehmensbefragung ermittelt.

Gleichzeitig erweisen sich die arbeitsrechtlichen Bestimmungen als Beschäftigungsbremse. Weil viele Firmen aufgrund des Kündigungsschutzgesetzes fürchten, Mitarbeiter im Ernstfall nur schwer entlassen zu können, verzichten annähernd 40 Prozent der Arbeitgeber gleich ganz auf Neueinstellungen. Hochgerechnet auf alle Betriebe verhindern die Regelungen des Kündigungsschutzgesetzes, dass jährlich mehr als 40.000 neue Stellen geschaffen werden. Um den Kündigungsschutz zu umgehen, stellen zwei Drittel der Firmen befristet Beschäftigte ein. Mehr als 60 Prozent der Unternehmen sehen daher Änderungsbedarf beim Kündigungsschutz, um Neueinstellungen zu beschleunigen. So plädiert z.B. rund ein Drittel der Unternehmen dafür, Kündigungen in konjunkturell schlechten Zeiten zu erleichtern. (Quelle: iw köln)

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin

Telefon: 0 30/ 22 07 98-0

Telefax: 0 30/ 22 07 98-22

eMail: info@mittelstand-deutschland.de

www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto/
-pixelchickDK/-llesagne/-sylvanworks/-Snowleopard

Foto Seite 1: Jens Schicke, Foto Seite 3: Kitz Mark,
Foto Seite 4 Avishay Lindenfeld



MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU